

NEUES AUS BERLIN

UND DEM SÜDEN SACHSEN-ANHALTS

Liebe Freunde, liebe Leser,

zwei Sitzungswochen mit einigen denkwürdigen Fachgesprächen, Ausschusssitzungen und Plenardebatten hielt mein Berliner Kalender im vergangenen Monat für mich bereit. Keine andere Debatte hat mich dabei so sehr beschäftigt, wie die Frage nach den Waffenlieferungen für die Ukraine. Mehr als zwei Monate dauert Putins Krieg in der Ukraine nun schon an. Die letzten Äußerungen in der Presse durch Russlands Außenminister Lawrow, der von einer echten Gefahr für einen Atomkrieg spricht, zeigen, wie angespannt die Weltlage ist. Dies wurde zum Bundesparteitag der FDP auch sehr deutlich. Hier hat Wolfgang Kubicki sehr gut beschrieben, unter welchem Vorzeichen die Ampel-Koalition seit mehreren Monaten arbeitet: Putins schrecklicher Angriffskrieg hat die Koordinaten in der Welt verändert.

Das gilt praktisch für alle politischen Bereiche. In meinem Fall, im Bereich der Ernährung und Landwirtschaft, gefährdet der Krieg ganz massiv die globale Lebensmittelversorgung. Daher muss ich auch dem European Green Deal eine Absage erteilen! Der sieht nämlich unter anderem vor, einen Teil der Ackerflächen nicht zu bewirtschaften, um die Artenvielfalt zu fördern. Außerdem soll der Einsatz von Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln reduziert werden. Ich bin der Meinung: Der Green Deal konterkariert die globale Ernährungssicherung. Durch die Lage in der Ukraine werden weltweit die Getreidevorräte knapp, so dass wir es uns in dieser prekären Situation nicht leisten können, auf Erträge zu verzichten.



Im Gegenteil: Zur Steigerung der Lebensmittelproduktion muss eine Intensivierung der Landwirtschaft betrieben werden, um zeitnah maximale Erträge auf der gesamten verfügbaren landwirtschaftlichen Fläche zu generieren. Deshalb plädiere ich für eine temporäre Aussetzung des Green Deals so lange, bis wir wieder über ausreichend Nahrungsmittel zu angemessenen Weltmarktpreisen verfügen.

Mehr zu den Neuigkeiten des vergangenen Monats und meinen persönlichen Gesprächen im Wahlkreis habe ich für Sie in dieser neuen Ausgabe meines Newsletters zusammengefasst.

Beste Grüße, Ihr Ingo Bodtke

#niegabesmehrzutun

Deutscher Bundestag
Ingo Bodtke
Platz der Republik 1
11011 Berlin

#praktikerimparlament

Ihr Kontakt zu mir
Telefon: +49 30 227 73590
Fax: +49 30 227 23 73591
ingo.bodtke@bundestag.de

Freie
Demokraten

Fraktion im
Bundestag **FDP**

Heizkostenzuschuss im Bundesrat gebilligt

**Unbürokratische Unterstützung:
Heizkostenzuschuss ist
beschlossen!**

Bundesrat
stimmt
Gesetz
zu



Der Heizkostenzuschuss wurde vom Bundesrat gebilligt. Das Gesetz tritt zum 1. Juni 2022 in Kraft und greift Verbraucherinnen und Verbraucher bei den steigenden Energiekosten unter die Arme: Ein Ein-Personen-Haushalt im Wohngeldbezug erhält einen einmaligen Zuschuss von 270 Euro, ein Zwei-Personen-Haushalt im Wohngeldbezug erhält 350 Euro und jedes weitere Familienmitglied 70 Euro, Studierende und Auszubildende, die staatliche Hilfen erhalten, haben Anspruch auf einmalig 230 Euro. Für den Heizkostenzuschuss ist kein extra Antrag erforderlich.

Erste BAföG-Reform auf dem Weg

Die angekündigte BAföG-Reform liegt nun auf dem Tisch und wird von den Ampel-Fraktionen umgesetzt. Ich begrüße diese Entscheidung sehr, denn mit dem Gesetzentwurf werden ab dem kommenden Wintersemester viele Studentinnen und Studenten mehr Geld in der Tasche haben. Der Regelsatz wird auf 449 Euro erhöht; zugleich werden der Miet-Zuschlag auf 360 Euro und die Altersgrenze auf 45 Jahre erhöht. Die Schriftformerfordernis wird auch endlich abgeschafft. Die Anträge können damit digital gestellt werden.

**Erste BAföG-Reform:
Höherer Regelsatz,
höhere Altersgrenze,
weniger Bürokratie.**

Zum
Winter-
semester



520 statt
450 Euro

**In den Bundestag eingebracht:
Wir sorgen für die Anhebung
der Minijob-Obergrenze.**

Freie
Demokraten
FDP

Anhebung Obergrenze für Minijob

Im April wurde der Antrag zur Anhebung der Minijob-Obergrenze um 70 Euro in den Bundestag eingebracht. Jetzt sorgen wir für mehr Geld in den Portemonnaies der vielen Studierenden, Schülerinnen und Schülern und Rentnerinnen und Rentnern, die sich etwas dazuverdienen möchten. Ab dem 1. Oktober liegt die neue Obergrenze also bei 520 statt 450 Euro. Im Zuge der Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro pro Stunde wurde die Anhebung notwendig, denn sonst hätte sich nur die Anzahl der Stunden für Minijobber geändert, ohne, dass diese wirklich mehr verdienen.



Grundschule Wallhausen

Unter dem Motto "Kleines Gemüse ganz groß" fand im April an der Grundschule „Goldene Aue“ in Wallhausen das Frühjahrsfest statt. Hier startet das auf drei Jahre ausgelegte Schulgarten-Projekt der AOK Sachsen-Anhalt, das das Ziel verfolgt, Kindern den Bezug zur Natur und natürlich zu angebautem, gesundem Essen zu vermitteln. Die Grundschule Wallhausen wird dabei bei der Anlage ihres Schulgartens unterstützt. Ich habe mich sehr gefreut, zu diesem besonderen Anlass ein Grußwort zu halten.

Besuch der Saalemühle GmbH

Anja Twietmeyer und Frank Wyszowski haben mich in der Saalemühle Alsleben GmbH, der leistungsstarken Mühle im Herzen eines der besten Getreideanbauggebiete Deutschlands, empfangen. Nach der Firmenpräsentation folgte der Betriebsrundgang. Antje Twietmeyer, ursprünglich Bankerin, hat sich das Mühlengeschäft von der Pike auf selbst angeeignet, kennt alle Produktionsprozesse und die Nahrungsmittelwirtschaft „Getreide“ wie ihre eigene Westentasche. Sie ist Praktikerin durch und durch und hat ihre eigenen, kritischen Fragen und durchaus berechtigte Hinweise an die Politik, die ich für meine Arbeit im Ernährungs- und Landwirtschaftsausschuss im Deutschen Bundestag mitnehme. Bestätigt hat mich das Treffen mit der Geschäftsführung der Saalemühle wieder in meiner Überzeugung, dass gute Politik nicht vom Schreibtisch aus gemacht wird. Gute Politik orientiert sich an den Erfahrungen der Praxis.



Besuch der Agrargenossenschaft Querfurt

Die Agrargenossenschaft Querfurt e.G. ist mit derzeit 750 Milchkühen wichtiger Milchproduzent im westlichen Saalekreis. Mit Geschäftsführer Jörg Kamprad sprach ich über diverse Themen, die für meine Arbeit im Ernährungs- und Landwirtschaftsausschuss am Deutschen Bundestag enorm wichtig sind. Vieles, was in der Theorie passend oder richtig erscheint, erweist sich oftmals in der Praxis und für die Arbeit der landwirtschaftlichen Betriebe leider nicht gut durchdacht.

Unkonventioneller Ackerbau, Milchviehhaltung in Mitteldeutschland, Spekulationen in der Preis- und Energiepolitik, Tierwohl, Biospritproduktion in Deutschland, vielfach überhöhte Düngekosten sowie die Düngerfrage der Zukunft sind Themen, über die wir uns verständigt haben. Themen, die in den Ausschuss gehören, weiter hinterfragt und bearbeitet werden müssen. Die Gespräche und Besichtigungen der landwirtschaftlichen Betriebe halte ich für zwingend notwendig, um den Problemen und Vorschlägen aus der Praxis eine Stimme in Berlin zu verleihen.



Ihr direkter Draht zu mir :

Büro Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: +49 30 227 73590

ingo.bodtke@bundestag.de

Büro Merseburg

König-Heinrich-Straße 27
06217 Merseburg

Tel.: +49 3461 793 0154

ingo.bodtke.wk01@bundestag.de

Für Sie vor Ort: Heidrun Fröhlich
montags 10:00 bis 14:00 Uhr
donnerstags 9:00 bis 16:00 Uhr
freitags 14:00 bis 17:00 Uhr
(sowie nach telefonischer Absprache)

Büro Sangerhausen

Wassertorstraße 7
06526 Sangerhausen
ingo.bodtke.wk01@bundestag.de
(Termine nach Vereinbarung)

Webseite

ingobodtke.de

Facebook

facebook.com/Ingo.Bodtke

Instagram

instagram.com/ingobodtke

Twitter

twitter.com/IngoBodtke



Stipendiatin kommt aus Salztal

Es gibt seit 1983 ein Parlamentarisches Patenschaftsprogramm (PPP) des Deutschen Bundestages. Dieses ist ein gemeinsames Programm mit dem US-Kongress. Hier werden im Austausch Stipendien an Schülerinnen und Schüler



40. Parlamentarisches Patenschafts-Programm (PPP) 2023/2024

sowie an junge Berufstätige vergeben, die für ein Jahr in den USA bei Gastfamilien kostenlos wohnen und zur Schule gehen können. Die Auswahl der Austauschschüler erfolgt über ein Bewerbungsverfahren über die AFS, eine Schüleraustauschorganisation. Ich freue mich ganz besonders, dass ich in diesem Jahr die Patenschaft für die **Austauschschülerin Lilli Bösenberg** übernehmen darf. Mitte April traf ich sie und ihre Eltern beim Gespräch mit Salztals Bürgermeisterin Ina Zimmermann. Auch sie ist stolz, dass ein Mädchen aus unserer Region dieses Stipendium gewonnen hat.

Das PPP bietet jedes Jahr Schülern und Auszubildenden aus Deutschland die Möglichkeit, ein Jahr in Gastfamilien in den USA zu leben, dort in die High School zu gehen und so das Leben und die Kultur kennenzulernen. Bundestagsabgeordnete übernehmen während des Jahres die Patenschaft für die Jugendlichen. Für das kommende Schuljahr kann man sich vom 3. Mai bis 9. September bewerben.

